



BERGSTRASSE

PRESSEMITTEILUNG 12/2020

Schritt in die richtige Richtung, mehr aber auch nicht

Kreis Bergstraße. „Es ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber er ist halbherzig und hat mit entschlossenem Handeln in Zeiten stark ansteigender Corona-Infektionszahlen nicht viel zu tun“, kritisiert das Vorsitzendenteam des Kreisverbands Bergstraße der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Elke Fischer, Friedemann Sonntag und Holger Giebel, die Entscheidung des Kreises Bergstraße, dass künftig in den Schulen für die Klassen ab der Jahrgangsstufe acht vorerst Hybridunterricht stattfinden soll.

Es sei bezeichnend, dass alle anderen Jahrgangsstufen von dieser Regelung ausgenommen seien, obwohl es gerade jüngeren Kindern schwer falle, Abstand zu halten. Die Begründung für die Entscheidung, erst ab Klasse acht die Lerngruppen zu teilen und im Wechsel im Präsenz- und im Fernunterricht zu beschulen, sei von Kreisseite in einer Pressekonferenz gleich mitgeliefert worden. Es hieß, dass Schüler unterhalb der Jahrgangsstufe acht eher eine Betreuung zu Hause benötigten, weshalb möglicherweise ein Elternteil nicht zur Arbeit gehen könne. Dies könne Auswirkungen auf die Wirtschaft haben. Die nun getroffene Entscheidung sei eher in die Kategorie Schaufensterpolitik einzuordnen. Sie solle wohl den Eindruck des entschlossenen Handelns wecken, sei aber letztlich auch nur eine Maßnahme, die Beschäftigung der Eltern zu sichern und habe mit Infektionsprävention und Fürsorge gegenüber Schülern aller Jahrgangsstufen und Lehrkräften sehr wenig zu tun.

„Es wird gerade so getan, als ob Schüler bis Jahrgangsstufe sieben nicht infektiös sein könnten, weshalb sie weiter im Klassenverband unterrichtet werden dürfen, wobei ein Abstandhalten aufgrund der räumlichen Enge nichts weiter als eine große Illusion ist. Ein solches Handeln ist aus unserer Sicht unverantwortlich“, so Elke Fischer. Die Tatsache, dass im öffentlichen Raum nur Personen aus zwei Haushalten zusammentreffen dürfen, Lehrkräfte es aber in einer Lerngruppe häufig mit 30 Haushalten und am Ende eines Unterrichtstages nicht selten mit 120 bis 150 Haushalten zu tun gehabt haben, dokumentiere die Verantwortungslosigkeit.

Allerdings müsse zuvorderst die Politik der hessischen Landesregierung kritisiert werden, die insbesondere durch Wegducken und die Weitergabe der eigenen Verantwortung gekennzeichnet sei. „Bereits bei der ersten Welle im Frühjahr wurde von den Wissenschaftlern auf die hohe Wahrscheinlichkeit hingewiesen, dass es ab dem Herbst zu einer zweiten, vermutlich noch stärkeren Infektionswelle kommen wird. Trotzdem hat sich das Kultusministerium ein halbes Jahr in Tatenlosigkeit ergeben und ab Schuljahresbeginn so getan, als ob es Corona nie gegeben hätte. Ein Plan B lässt noch bis heute auf sich warten“, kritisiert Friedemann Sonntag. Stattdessen sei auf vielen Ebenen die Verantwortung in die Kommunen geschoben worden, sodass letztlich diese den Schwarzen Peter haben, nicht aber die Landesregierung. Viel Zeit sei ungenutzt verstrichen. Dabei sei es verpasst worden, Ideen zu entwickeln, wie der Schulbetrieb bei steigenden Infektionszahlen zu gestalten ist, ohne dass letztlich in einigen Elternhäusern die Frage nach einer Betreuung gestellt werden muss.

Aus Sicht der GEW habe ein Unterricht im Wechselmodell von Präsenz- und Fernbeschulung längst aufgenommen werden müssen. „Wenn berücksichtigt wird, dass das Robert-Koch-Institut bereits ab einer Inzidenz von 50 nicht nur das Tragen von Masken im Unterricht empfiehlt, sondern auch die Verkleinerung der Lerngruppen durch Teilen oder Wechselunterricht, um auf diese Weise einen Mindestabstand von anderthalb Metern in den Klassenräumen gewährleisten zu können, dann muss festgehalten werden, dass das Land Hessen über Wochen hinweg seiner Verantwortung nicht nachgekommen ist und gegen die Empfehlung der Experten gehandelt hat“, stellt Holger Giebel fest. Das Resultat daraus sei bei steigenden Infektionszahlen und immer mehr Coronafällen in den Schulen eine Gesamtsituation, die von vielen Lehrkräften und Schülern nur

noch als belastend empfunden werde.

Hybridunterricht allein reiche jedoch längst nicht aus. Vielmehr müssten auch die Lehrpläne entschlackt werden. Dies sei nötig, weil ansonsten Schüler mit unzureichender digitaler Anbindung oder erschwerten häuslichen Arbeitsbedingungen benachteiligt würden. Außerdem müsse eine etwaige Mehrarbeit der Lehrkräfte, die sich durch das Modell ergeben könne, entsprechend ausgeglichen und der Distanzunterricht somit angerechnet werden. Dies sei alles im Verantwortungsbereich des Kultusministeriums, doch es tue sich weiterhin nichts.

„Corona ist wie ein Brennglas auf das, was an Schulen schon die ganze Zeit schlecht läuft. Und gerade bei der entsprechenden Ausstattung, um digital unterstützten Unterricht durchführen zu können, beginnen bereits die Probleme. Dies allerdings nicht nur bei der Schülerschaft, sondern auch bei den Lehrkräften“, erklärt Fischer. Noch immer sei es häufig festzustellen, dass Lehrer auf ihre eigenen privaten Geräte zurückgreifen müssten, um digitales Lehren zu ermöglichen, weil die Schulen entweder zu wenige eigene Geräte besitzen oder diese nicht verwendbar sind. „So etwas gibt es wahrscheinlich auch nur in den Schulen. Ich kenne zumindest keinen Kfz-Mechaniker, der seinen privaten Werkzeugkasten mitbringen muss, wenn er zum Arbeiten in die Werkstatt geht“, ergänzt Giebel. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur müsse dringend beschleunigt und digitale Endgeräte für Schüler und Lehrer beschafft und ausgegeben werden. „Bislang ist es leider – wenn überhaupt – nur bei Ankündigungen geblieben, obwohl die Schwachstellen schon im Frühjahr allzu deutlich erkennbar wurden. Aber leider zählt ein konsequentes Handeln zur Verbesserung der Missstände im Bildungsbereich nicht unbedingt zu den Stärken der Landesregierung“, meint Sonntag.

Die GEW fordert außerdem die Anschaffung von mobilen Luftfilteranlagen für die Klassenräume. Diese seien in der Lage, die Konzentration der Aerosole um 90 Prozent zu minimieren. Bislang werde dies mit dem Hinweis abgelehnt, dass es über die Wirksamkeit keine gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse gebe. Gerade bei dieser Argumentation ist es aus Sicht der Gewerkschafter jedoch höchst irritierend, dass sich die Hessische Staatskanzlei im Verlauf der Pandemie mit ebensolchen Geräten eingedeckt habe.